

Über sinistre Bündnisse – und ein gewisses Beuteschema

Verstorbener Priester hat mindestens 19 Menschen sexuell missbraucht – Was im vorläufigen Abschlussbericht über den Fall Edmund Dillinger steht

Von Lars Hennemann

Trier/Friedrichsthal. Edmund Dillinger, unter Verdacht des sexuellen Missbrauchs an Schutzbefohlenen stehender und verstorbener Priester des Bistums Trier, hat zwischen 1961 und 2018 mindestens 19 Personen in unterschiedlichen Schweregraden sexuell missbraucht. Zu diesem Schluss kommen die Verfasser des vorläufigen Abschlussberichts der wissenschaftlichen Studie zu Dillinger, der am Dienstag in Trier vorgelegt wurde.

Die unabhängige Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs im Bistum Trier hatte, nachdem die Rhein-Zeitung den Fall Dillinger im April 2023 publik gemacht hatte, den ehemaligen rheinland-pfälzischen Generalstaatsanwalt Joachim Brauer und den ehemaligen Staatsanwalt Ingo Hromada mit der Studie beauftragt. In ihrem Bericht heißt es weiter: „Nach Auswertung aller ... zur Verfügung stehenden Quellen ... gelangt die Studie zum Ergebnis, dass sehr viele, nach ihrer Anzahl nicht annähernd zu beziffernde Personen von sexuell motiviertem Verhalten Dillingers betroffen wurden.“

Beweismaterial vernichtet

Brauer und Hromada mussten, wie sie umfänglich darlegen, bei der Konkretisierung weiterer, über die 19 belegbaren Fälle hinausgehenden Taten aus vielen Gründen zurückstecken. Zuallererst, weil Opfer oder deren Angehörige trotz aller Betroffenheit aus Scham oder psychischer Belastung nicht reden wollen. Vor allem aber aufgrund eines Vorfalls, der sich einige Wochen nach der erstmaligen Berichtserstattung über Dillinger zutrug: „Als größtes Hemmnis unserer Arbeit stellte sich die Vernichtung der von Dillinger tagebuchartig geführter Kalender und Tausender Lichtbilder durch die saarländischen Ermittlungsbehörden heraus“, heißt es dazu im Bericht.

Das Material stammte aus Dillingers Nachlass, den sein Neffe nach dem Tod seines Onkels im November 2022 in dessen vollkommen vermülltem Haus im saarländischen Friedrichsthal entdeckt hatte. Nachdem der Neffe, der in Rheinland-Pfalz wohnt, sich daraufhin selbst gegenüber der Staatsanwaltschaft Mainz in einem Verfahren wegen des Besitzes strafbaren Materials rechtfertigen musste, hatte er später die Fotos und Tagebücher der für seinen Onkel zuständigen Saarbrücker Polizei überlassen.

Diese studierten sie „oberflächlich“ und ließen sie wenig später verbrennen. „Für uns ist sehr wahrscheinlich, dass die Staatsanwaltschaft die Vernichtungsanordnung und die Einstellungsverfügung getroffen hat, ohne selbst einen Blick in die Beweismittel geworfen zu haben“, urteilen Brauer und Hromada. Dies sei unter bestimmten Umständen nach Paragraf 274 Strafgesetzbuch sogar strafbar. Ihren zum Zeitpunkt der Vernichtung bereits vorliegenden Antrag auf Akteneinsicht habe man in Saarbrücken jedenfalls bewusst über-



„Es ist kaum zu begreifen, dass eine Persönlichkeit wie Dillinger über Jahrzehnte im Dienst der Kirche verbleiben konnte“: Kommissionsprecher Gerhard Robbers (links) und die Aufklärer Jürgen Brauer (Mitte) und Ingo Hromada finden deutliche Worte in Bezug auf Edmund Dillinger. Foto: Harald Tittel/dpa

gangen. Das, was man trotz alledem noch ermitteln konnte, nennt der Bericht ein klar erkennbares „Beuteschema“. Dillinger habe sich, oft unter Zuhilfenahme von Alkohol, junge Männer im Saarland, in der Eifel, an einer Schule in Leverkusen, auf Italienfahrten oder in Afrika gefügig zu machen versucht. Auch habe er mitunter die Fotos, die er von seinen Opfern machte, zu Geld gemacht. Was ihm in den Siebzigern ein – am Ende eingestelltes – Strafverfahren bei der Staatsanwaltschaft Köln einbrachte.

Ob die merkwürdigen Geschehnisse rund um die Beweismittelvernichtung im Saarland noch Folgen nach sich ziehen werden, ist nicht absehbar. Nach anfänglicher Aufregung ist es um den Fall Dillinger dort ruhig geworden. Auch das Max-Planck-Gymnasium in Saarlouis, wo Dillinger von 1979 bis 1999 Religionslehrer war, konnte oder wollte nichts zur Aufklärung

beitragen. Obwohl auch Dillingers Berufsleben dort „nicht reibungslos“ verlaufen war, wie es im Bericht heißt. Dillinger sei dort trotz aktenkundiger Verfehlungen aus früheren Jahren und erkennbar nicht vorhandener pädagogischer Fähigkeiten „nicht ausreichend überwacht“ worden.

Dillinger fotografierte seine Opfer in sexualisierten Posen, drangalierte sie „in allen Körperregionen“ mit Berührungen und unternahm selbst in hohem Alter immer noch unerbetene Annäherungsversuche in Richtung junger Männer. Gerhard Robbers, Vorsitzender der Kommission, führt in einer Pressemitteilung zum Bericht aus: „Es ist kaum zu begreifen, dass eine Persönlichkeit wie Dillinger über Jahrzehnte im Dienst der Kirche bleiben konnte – trotz allen

Wissens über seine Übergriffigkeiten und Missbrauchstaten.“ Und liefert die Erklärung aus seiner Sicht gleich mit: „Alle Hinweise ... wurden weitgehend ignoriert. Es sollte nicht sein, was nicht sein durfte.“

Exemplarisch nennt Robbers in diesem Fall das Bistum Trier, das 1976 zwar keine Probleme damit hatte, dass Dillinger (wegen seiner karitativen Tätigkeiten in Afrika) das Bundesverdienstkreuz bekam. Aber als Dillinger dann auch den kirchlichen Ehrentitel eines Monsignors bekommen sollte, wurde der damalige Bischof Stein, wie man in den Akten nachlesen kann, sofort dienstlich und lehnte kategorisch ab.

Auch für Robbers drängt sich im Fall Dillinger nicht nur bloßes Nichtwissen auf, sondern „der Eindruck bewussten Ignorierens“. Dies

gelte neben dem Bistum für die Schulaufsicht, die Strafverfolgungsbehörden und das Auswärtige Amt. In den Pfarreien, in denen Dillinger tätig war oder wohnte, in Vereinen, Verbänden oder Verbindungen, in denen Dillinger Mitglied war, seien Vorfälle totgeschwiegen oder sei offenen Geheimnissen nicht nachgegangen worden, ergänzen Brauer und Hromada in ihren Ausführungen.

Gab es also doch ein Netzwerk, das Dillinger schützte und bis heute schützt? Manche Opfer reden unter Schilderung zum Teil drastischer Vorfälle davon. Aber nie so, dass sie belegbar würden. Wie auch manch andere Abschnitte aus Dillingers Leben nach wie vor nicht abschließend erforscht sind. Dazu zählt insbesondere die Tätigkeit für die von ihm gegründete Afrika-Hilfe, die ihm später unter seinen Schülern den Spottnamen „Togo-Ede“ einbrachte. Nicht zuletzt, weil sich die Recherchen in Afrika schwierig ge-



Edmund Dillinger Foto: Steffen Dillinger

Kommentar

Vorläufig hinter der Fichte

Der Abschlussbericht zum Fall Edmund Dillinger ist an Deutlichkeit nicht zu überbieten. Und zwar nicht, weil man es bei ihm in der mittlerweile leider umfänglichen Serie zum Thema Missbrauch durch Bedienstete der katholischen Kirche mit et was besonders Monströsem zu tun hat. Das auch, aber der eigentliche Skandal ist der, dass – und damit ist ausdrücklich nicht die Arbeit der Kommission gemeint – das Vertuschen munter weitergeht. Zumindest bis jetzt.

Beispiele gefällig? Man lernt als Journalist im Laufe eines Berufslebens, dass man auch durch Weglassen von Wissen hinter die Fichte ge-

führt werden kann. Dass man diese Erfahrung allerdings in der Begegnung mit einem leibhaftigen Bischof macht, geschieht weiß Gott nicht alle Tage. So jedoch in Trier, wo man gegenüber der Rhein-Zeitung so tat, als wisse man gar nicht, mit wem man es bei Dillinger zu tun habe. Eine Erzählung, die schon bald mehr Löcher bekam, als dem Bistum lieb sein konnte. Wie sich dies mit der Moral verträgt, die die Kirche ansonsten predigt, müssen diejenigen mit ihrem Gewissen abmachen, die vermutlich bibelfester sind als die Redakteure, die solche Machenschaften aufdecken.



Lars Hennemann zum Fall Dillinger

Aber damit nicht genug. Der Fall Dillinger ist auch ein handfester Justiz- und Politikskandal. Saarländische Staatsanwälte vernichteten in großem Stil mögliche Beweismittel. Konsequenzen? Bislang keine, jedenfalls keine nennenswerten. Normal in einem Bundesland, in dem jeder jeden kennt? Wir wissen es nicht. Wie auch nicht, ob es im Schulsystem, in dem Dillinger sein Unwesen treiben konnte, nachdem es sogar der Kirche zu bunt mit ihm geworden war, zu mehr kommen wird als zu politischen Lippenbekenntnissen einer Aufarbeitung.

Das Fahrzeug werde ab Sommer auf Tour gehen, heißt es aus dem Innenministerium. Und weiter: „Es soll allen Bürgerinnen und Bürgern in den Städten und Kommunen einen niederschweligen Einstieg in das Thema Bevölkerungsschutz anbieten. Betreut wird das Fahrzeug von ein bis zwei Personen.“ Die genauen Haltepunkte des Info-

mobils seien noch nicht festgelegt, es gehe um „mehrere Haltestops“ innerhalb von Rheinland-Pfalz. Abschließend geht der Ministeriumssprecher noch auf die Intention hinter der Kampagne „bleib bereit“ ein: „Situations wie die Corona-Pandemie, die Naturkatastrophe im Ahrtal oder zuletzt der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine haben aufgezeigt, wie wichtig ein modern aufgestellter Bevölkerungsschutz ist.“ Ziel der Kampagne „bleib bereit“ sei, „das Wissen der Bürgerinnen und Bürger zu Bevölkerungsschutzthemen zu verbessern, Informationen zu potenziellen Risiken, Gefahren und

E-Mail: lars.hennemann@rhein-zeitung.net

stalten, haben Brauer und Hromada ihre Tätigkeit um ein weiteres Jahr verlängert.

Möglicherweise ergeben sich in diesem Jahr auch noch weitere Erkenntnisse bezüglich der zahlreichen – ausnahmslos kirchlich sehr konservativen – Gruppierungen, in denen Dillinger Mitglied war. Der Bericht nennt insgesamt sechs, ohne dort weitere Belege für etwaige Missbrauchstaten identifiziert zu haben. Gerhard Robbers sieht an dieser Stelle jedoch dennoch weiteren Recherchebedarf: „Die Rolle dieser Bündnisse beim Verschweigen und Verdecken der Missbrauchsfälle bedarf noch der Aufarbeitung.“ Dies gelte speziell für die Frage, wie sehr solche Gruppierungen im innerkirchlichen Dialog versuchten, die Bemühungen um Aufklärung zu konterkarieren. Wer sich diese Frage als allererste stellen sollte, ist für Robbers und die Kommission klar: Bischof Stephan Ackermann. „Die Kommission sieht die Bistumsleitung in der Verantwortung, sich in diesem Feld um mehr Transparenz zu bemühen.“

„Kirche ist ein Männerbund“

Der Bischof hatte sich allerdings, von der Rhein-Zeitung 2023 im Interview befragt, in Sachen Dillinger allerdings ziemlich ahnungslos gegeben. Seine eigene historische Aufarbeitungskommission war zu diesem Zeitpunkt schon weiter: In ihren Studien füllt Dillinger, wie unsere Zeitung im Herbst 2023 offenlegte, mehr als 100 Seiten. Darunter finden sich Dokumente, in denen Ackermann und andere kirchliche Würdenträger, darunter der damalige Generalvikar des Bistums und heutige Bischof von Limburg, Georg Bätzing, per Unterschrift Dillinger in einem jahrelangen Streit um dessen wegen seiner Verfehlungen gefährdeten Pensionsbezüge wiederholt maßregelten. Ebenfalls erst einige Monate nach Bekanntwerden des Falles Dillinger übergab das Bistum einem Missbrauchsoffer ein eindeutiges, den Missbrauch durch den Priester belegendes Foto. Bis dahin hatte es offiziell immer geheißen, das Foto sei schon vor Jahrzehnten vernichtet worden.

„Die Kirche ist ein Männerbund, in dem immer noch ein unfassbarer Druck herrscht“, formulierte einer der Gesprächspartner im Zuge der Recherchen. Edmund Dillinger verfasste im Laufe seines Lebens übrigens auch acht Bücher. Eines trägt den Titel „Wir essen alle aus demselben Topf“.

Seit April 2023 berichtet unsere Zeitung über den Missbrauchsfall Edmund Dillinger. Alle Artikel, Informationen und mehrere Videos finden Sie bei uns online unter www.ku-rz.de/edmunddillinger oder wenn Sie den nebenstehenden QR-Code mit der Kamera Ihres Smartphones scannen. Für RZ-Komplett-Abonnenten sind alle digitalen Angebote auf rhein-zeitung.de ohne Mehrkosten inklusive – Registrierung und sämtliche Informationen unter www.rhein-zeitung.de/komplett



Infomobil für mehr Bevölkerungsschutz geht ab Sommer auf Tour

Was hinter der Idee steckt

Rheinland-Pfalz. Die tragische Katastrophe im Ahrtal 2021 hat nur allzu deutlich aufgezeigt, wie wichtig ein funktionierendes Bevölkerungsschutzsystem in Rheinland-Pfalz ist. Deshalb hat das Innenministerium nun die Kampagne „bleib bereit“ ins Leben gerufen (wir berichteten), bei der auch ein Infomobil quer durch das Bundesland reisen und Bürgerinnen und Bürger mit allerlei potenziell lebensrettenden Informationen versorgen soll. Unsere Zeitung hat im Ministerium nachgefragt, wann das

Infomobil auf Reisen gehen wird – und wie man sich das Gefährt vorzustellen hat.

Das Infomobil wird seitens eines Ministeriumssprechers mitgeteilt, sei ein Element der Bevölkerungsschutzkampagne „bleib bereit“ des Landes und werde in Kooperation mit dem Landesfeuerwehrverband betrieben. Mit dem Informationsmobil werde die Bevölkerung vor Ort in den Städten und Gemeinden auf die Themen des Bevölkerungsschutzes und insbesondere auf Sachverhalte des Selbstschutzes

aufmerksam gemacht. Es handele sich um einen Kleintransporter mit aufklappbarem Kofferaufbau und Beklebung in dem Design der Kampagnen-Website bleib-bereit.de, wo Interessierte viele weitere Informationen finden können. Bilder des Infomobils konnte das Ministerium unserer Zeitung noch nicht zusenden, da es derzeit noch beschafft werde. Es soll im Laufe des Sommers der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Das Fahrzeug führe alle notwendigen Medien und Materialien für eine niedrigschwellige Information über die Themen des Bevölkerungsschutzes mit. Der Mi-

nisteriumssprecher geht ins Detail: „Dazu zählen Elemente wie Aufsteller und Anschauungsmaterial, digitale Präsentation, Medien, ein Messestand, eine Überdachung in Form eines ansprechenden Pavillons oder Zeltes, eine kleine Tonaanlage und vieles mehr.“

Das Fahrzeug werde ab Sommer auf Tour gehen, heißt es aus dem Innenministerium. Und weiter: „Es soll allen Bürgerinnen und Bürgern in den Städten und Kommunen einen niederschweligen Einstieg in das Thema Bevölkerungsschutz anbieten. Betreut wird das Fahrzeug von ein bis zwei Personen.“ Die genauen Haltepunkte des Info-

mobils seien noch nicht festgelegt, es gehe um „mehrere Haltestops“ innerhalb von Rheinland-Pfalz.

Abschließend geht der Ministeriumssprecher noch auf die Intention hinter der Kampagne „bleib bereit“ ein: „Situations wie die Corona-Pandemie, die Naturkatastrophe im Ahrtal oder zuletzt der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine haben aufgezeigt, wie wichtig ein modern aufgestellter Bevölkerungsschutz ist.“ Ziel der Kampagne „bleib bereit“ sei, „das Wissen der Bürgerinnen und Bürger zu Bevölkerungsschutzthemen zu verbessern, Informationen zu potenziellen Risiken, Gefahren und

Bedrohungen zu vermitteln und somit die Resilienz der Bevölkerung gegenüber Katastrophen zu verbessern und den Selbstschutz der Bevölkerung zu stärken.“

Das Bundesamt für Bevölkerungs- und Katastrophenschutz habe in den vergangenen Jahrzehnten bereits zahlreiche Informationsmaterialien erstellt. „Darauf aufbauend werden die bereits erarbeiteten Ratgeber, Checklisten und weitere Unterlagen in die Kampagne eingeflochten. Eine einheitliche und fundierte Information ist uns gemeinsam sehr wichtig“, so das Resümee aus dem Ministerium. Johannes Mario Löh